

gehen sind einen Tag nach dem Eintreffen (300 Stück) schon zur Hälfte umgekehrt.
Alle Ortsgruppen im Bezirk, alle Stadtteile Dresdens haben dieselben Voraussetzungen und Möglichkeiten. Es gilt nur alle Kräfte zu mobilisieren. Steigert die Werksarbeit, damit unsere Lösung Berlin ein- und überholen realisiert wird. Man muß eben täglich werden für Partei, Arbeiterstimme und Sachliches Volkswort, im Betrieb, auf der Stammtische und in den Häusern.

Eidenhof: 16 neue Aufnahmen für die Partei.
Ortsgruppe Hinterhermsdorf: Am Werbelanntag gemeldet 7 Parteigenossen, darunter eine Frau und ein Ueberritt

von der SPD 2 Mitglieber für die Rote Hilfe. In Anbetracht des neuen ländlichen Charakters hier ist der Erfolg gut.
Watzdorf: 11 neue Parteimitglieder gemeldet.
Dietrichsdorf: 18 neue Aufnahmen ein.
Hohndorf: 3 beitragsfähige Parteimitglieder gemeldet.

Rote Hilfe beschließt Großwerbung für SPD-Presse
Die Mitgliederversammlung der Rote Hilfe Dresden, Verwaltungsbereich 1 begrüßt die Herausgabe der Wochenzeitung „Sächsisches Volkswort“ und verpflichtet sich, in ihren Reihen neben der verstärkten Abonnementwerbung für die „Arbeiterstimme“ zugleich eine intensive Werbung für die Wochenzeitung

Volkszeitung lobt SPD-Politik 1914/18

Wer hatte und hat Sehnsucht nach Proletarier-Massengräbern?

Die Volkszeitung von gestern hat die Stirne, wörtlich zu erklären, daß
„die Sozialdemokratie während des Krieges ebenso entschieden für die Verständigung Europas gekämpft hat, wie sie nach dem Kriege allezeit im Kampf stand gegen Kriegshetze...“
Damit unterstreicht die Volkszeitung ausdrücklich die Haltung der Sozialdemokratie im imperialistischen Weltkrieg 1914/18 als richtig, was uns zeigt, daß die SPD sich auch weiterhin ebenso ver-

halten wird! Jeder weiß, daß die Sozialdemokratie die Kriegspolitik des deutschen Kapitalismus eifrig unterstützte, Burgfrieden schloß, die Kriegskredite bewilligte, zum Durchhalten und zur Fortsetzung des imperialistischen Nordens ermunterte. Um den Massen zu zeigen, wie sich die SPD auch weiterhin zu imperialistischen Kriegen und Kriegshereien verhalten wird, lassen wir die Volkszeitung aus der Kriegszeit 1914/18 selber sprechen. Dadurch ist erwiesen, daß die SPD es ist, die „Proletarier-Massengräber“ schauelte und nach der abianen Billigung weiter schauelte. Die Volkszeitung schrieb am 10. Oktober 1914:

Dresdner Volkszeitung

10. Oktober 1914

„Die Eroberung Antwerpens wirkt als eine befreiende Tat. Die Sieghaftigkeit der deutschen Waffen ist aufs neue erprobt und es darf erwartet werden, daß die Einnahme von Antwerpen weitere günstige Folgewirkungen für uns erbringen wird... Der Fall von Antwerpen ist vielmehr noch als eine Niederlage der Belgier eine sehr schwere Niederlage Englands... England scheute sich dann nicht, sich an deutschem Privateigentum schamlos zu vergreifen. Wir zweifeln nicht, daß es gelingen wird, England zur reichlichen Rückerstattung der barbarisch verunsteteten deutschen Werte zu nötigen.
Vorläufig müssen wir uns an Belgien halten.
Von großem Interesse ist es, ob es den Trümmern der belgischen und englischen Besatzungstruppen gelingen wird, auf dem Landwege zu entkommen, sich der Geländegewinnung zu entscheiden... Von deutscher Seite ist die Verfolgung eingeleitet... Bei Tondermonde wurde eine Notbrücke geschlagen... um den auf Ostende zu flüchtenden Weg abzuschneiden... Die
Ausreibung der letzten belgischen Kräfte scheint also in vollem Gange zu sein... So besteht die Hoffnung, daß an den großen Erfolg von Antwerpen noch größere Erfolge auf französischem Boden anreihen werden.“

NSDAP-Gruppenführer kommt zur SPD

Verbot aller Arbeiterkundgebungen durch Nazi-Franzen in Braunschweig

In Jarman (Hommern) ist der bisherige nationalsozialistische Gruppenführer Winter zur SPD übergetreten. Er lasste an den Genossen Max Strödel folgenden Brief:

„Guter Genosse!
Ich bitte, daß das nachfolgende Schreiben in der „Volksmacht“ veröffentlicht wird.“

Ich war 6 Jahre Mitglied der NSDAP und zwei Jahre Gruppenführer und Propagandaleiter. Ich schied aus dieser Partei aus, weil ich von den Schiedsungen und der Strafbefehl, die hier herrscht, genug hatte. Dem jetzigen Kreisleiter Friedrichmann-Jarman wurden J. S. vom Junker Gotjahn-Comjon 1000 Mark zugesprochen, und von Dr. Hanske-Jarman 500 Mark. Wer es endlich meint mit einer Partei, die sich noch dazu Arbeiterpartei nennt, kann solche Schiedsungen und eine solche Politik, wie sie von den Führern der NSDAP betrieben wird, nicht mitmachen. Ich habe in der letzten Zeit des öfteren die „Volksmacht“ gelesen und bin zu dem Entschluß gekommen, daß ich nun in die kommunistische Partei gehöre.

Ebenfalls bin ich zu der Ansicht gekommen, daß die Rote Hilfe eine äußerst wichtige Organisation ist, und darum bin ich ihr ebenfalls beigetreten. Ich werde also jetzt aktiv für die Ziele der kommunistischen Partei tätig sein und alle mein früheren Kameraden zu, meinen Beispiel zu folgen. Vgl.

die korrupten Führer unter sich, kommt zur roten Klassenfront! Mit kommunistischem Gruß Paul Winter, Jarman.“

Dieser Brief des bisherigen NSDAP-Gruppenführers und Propagandaleiters von Jarman spiegelt die Stimmung der NSDAP-Proleten gegen den reaktionären Kurs der NSDAP-Führer. Die immer zahlreicher werdenden Ueberritte aus den Reihen der Nazis zur kommunistischen Partei zeigen die große Enttäuschung der nationalsozialistischen Anhänger über den Kurs der Hitler, Weidels und Genossen. Jetzt gilt es, alle proletarischen Elemente, die bisher von den NSDAP-Führern mißachtet wurden, aufzuklären und vom Faschismus loszulösen.

Braunschweig, 7. Juli.

Der NSDAP-Minister Franzen hat das für die Stadt Braunschweig ausgesprochene Verbot von Versammlungen und Umzügen unter jedem Himmel auf das ganze Land Braunschweig ausgedehnt.

Mit diesem Verbot soll die Mobilisation der Werktätigen zum revolutionären Kampf gegen die Notstandsordnung und schändlichen Terror verhindert werden. Das illegale kommunistische Volksbegehren war die Antwort auf den völkerverhetzenden Kurs der Nazis in Braunschweig. Auf das Versammlungsverbot antworteten die Arbeiter mit verstärkter Werbung für die kommunistische Partei, für die kommunistische Presse.

SPD für die Hochwassergeschädigten

Anträge im Dresdner Stadtparlament und im Landtag

Dresden, 8. Juli.

Die SPD-Stadtratsfraktion Dresden beantragte, für die Hochwassergeschädigten im Erzgebirge aus öffentlichen Mitteln 50 000 Mark zu bewilligen. Zur Behandlung ihres Antrages verlangt sie die Einberufung einer außerordentlichen Stadtratsversammlung.

Infolge einer Unwetterkatastrophe im Schwarzwasserthal von Johanngeorgenstadt nach Schwarzenberg sind ungeheure Schäden entstanden. Die meistens ärmere Bevölkerung ist schwer betroffen worden und kann aus eigenen Kräften die Schäden nicht beheben. Der Landtag sollte beschließen: die Regierung zu beauftragen:

1. die Aufräumungsarbeiten und Wiederherstellungsmassnahmen durch Arbeitslose zu Lasten auf Staatskosten durchzuführen;
2. hierfür sofort einen entsprechenden Betrag zur Verfügung zu stellen;
3. Massnahmen zu ergreifen, um die Wasserregulierung durchzuführen (evtl. durch Bau einer Talsperre);
4. zur Abhebung der Schäden der von der Hochwasserkatastrophe Betroffenen sind Abhängungskommissionen zu bilden durch gewählte Vertreter der Geschädigten, durch Gemeindevorsteher und Mitglieder des Landtages;
5. den Geschädigten, sowie den Hinterbliebenen eine sofortige

Unterstützung zu gewähren und hierfür ebenfalls einen entsprechenden Betrag zur Verfügung zu stellen.

Dresden, den 7. Juli 1931.

Krenner
und die übrigen Mitglieder der komm. Landtagsfraktion.

Gegen die Hinrichtung der acht Regierfänder!

Neue Proteste!

Die am 5. Juli tagende Sachsentionsitzung der proletarischen Eltern, Lehrer und Kindergruppenleiter vereinigte ihre Stimme mit dem Ruf aller Werktätigen des Erzgebirges: Rettet die 8 unschuldigen Regier-Jungabilder vor dem elektrischen Stuhl!

Eltern und Kinder in aller Welt! Erhebt in lechter Stunde eure Stimme gegen das geplante Jubiläumstreiben der kapitalistischen Herrscher im Dollerland! Die 8 Regier-Jungen sind Fleisch vom Fleisch und Blut vom Blut des Weltproletariats! Heraus mit den Regierfändern! Nieder mit der kapitalistischen Klassenjustiz!

In einer am 2. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung erhoben die Arbeiterkolonnen Dresdens den schärfsten Protest gegen die Ermordung der 8 Regier-Jungabilder, sowie gegen das Verbot des Buches „Tatort am Wedding“.

Neue Wunder gesucht!

Zerplante Illusionen über den Hoover-Plan

Unausführlich helfen die Drahtmeldungen von Kassel und Paris, von Paris nach London, von London nach New York, von Kombinationen über Hoovers „Grandiose“ Plan zur Rettung der Weltwirtschaftskrise. Und Montag nacht meldete der Telegraph von Paris nach Berlin: Die „Einigung“ ist da, Drahtmeldungen erhält das Memorandum. Wo gibt es noch den Kaiser, der die letzte Drahtmeldung als eine Heilsbotschaft aufnahm? Welche Illusionen über den Hooverplan, die so trübselig nach Ein Berliner Mittagsblatt gibt ein treffendes Bild der Lage „nach der Einigung“ mit folgenden Worten:

„Es steht fest, daß das Hoover-Memorandum die verheerendste Enttäuschung in finanzieller Hinsicht nicht gebracht hat. Die Einigung ist heute kaum noch interessant, unter welchen Bedingungen sie kritisch als sie jemals bis jetzt gewesen ist. Die Finanzierung des Reichsbank betragen die Montag meldungen 2 Milliarden Reichsmark und es besteht keine Hoffnung, daß etwa in den nächsten Tagen folgende des amerikanischen Memorandum ein bemerkenswerter Rückgang der Weltwirtschaft eintritt wird. Man kann, ohne neue verheerende Folgen auszusprechen, den ganzen Ernst der Lage nicht übersehen.“

„Man kann den ganzen Ernst der Lage nicht schildern“, d. h. im Munde eines bürgerlichen Reichstages. „Es ist verboten, den ganzen Ernst der Lage zu schildern.“ Welche die bürgerliche und sozialdemokratische Presse die volle Wahrheit über den Ernst der Situation sagen, sie müßte alle ihre Tageszeitungen vor 100 Jahren Tagen Lügen strafen. Sie würden unweigerlich in den Reihen ihrer Leser Mut, Erbitterung und Enttäuschung erzeugen und unausgesprochen den Kommunismus zum Zeugnis ausstellen, daß nur sie die volle Wahrheit gesagt haben. Und die volle Wahrheit heißt: Der Hooverplan wird die Weltkrisis nicht mildern, kann sie nicht mildern, sondern löst am Tage seines Inkrafttretens zeigt sich die Weltwirtschaftskrise, insbesondere die Krise des deutschen Kapitalismus, in verschärfter Form.

Was sollen wohl die hungernden werktätigen Volksmassen über Staatsmänner denken, deren „realpolitische Voraussetzungen“ schon nach kurzer Zeit so jämmerlich zusammengebrochen sind, wie die Dollarkapitalisten und sozialdemokratischen und kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsführer? So ist in der Tat die Hoover-Versuch zur Rettung der kapitalistischen Weltwirtschaft nur wirklich die einzige Chance, auf die die kapitalistischen Regierungen überhaupt setzen. Sie hängen an diesem Plan wie an einem Wunder. Eine jämmerliche Chance! Ist es nicht ein Zeichen der grenzenlosen Klotzhaftigkeit, wenn die deutschen Kapitalisten, genau so wie die Dollarkapitalisten zu Tode von Konnererheit, nur noch an irgendwelche Wunder glauben, weil sie mit der Anarchie der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht mehr fertig werden? So schreibt ein führendes Blatt der deutschen Schwerindustrie, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, am Montagabend:

„Das letzte Wunder (1) war die frohe Botschaft des amerikanischen Präsidenten vom 20. Juni. Heute, am 6. Juli, ist bereits ein neues Wunder nötig.“

Die kapitalistischen Wirtschaftsleiter tun so, als wären sie auf neue Wunder. Sie konnten ja warten, bei ihnen wartet kein hungeriger Magen. Sie leben herrlich und in Frieden auf den schönen Waldwegen an der Ruhr oder auf ihren idyllischen Gütern oder verbringen im Ausland Freudenjahre von den Gärten der Steuergebühren, die sie in die Schweiz, nach Holland oder nach Schweden verfrachten haben. Aber die werktätigen Massen, die sie auch an neue Wunder glauben? Sie haben genau so den Wunder des Damesplans, von dem Wunder des Hooverplans und dem Wunder des Hooverplans. Alle diese Wunder werden ihnen verheerende Ausplünderung durch erhöhte Arbeitslosigkeit, durch gesteigerten Lohnraub, durch immerwährenden erhöhten Zollwucher, Steuerraub und nicht zuletzt durch die Summenplünderung und Plünderung der sozialdemokratischen Wunderplünderer.

Während die kapitalistischen Wundertäter auf Wunder hoffen, haben sie in Wirklichkeit für die Volksmassen keinen Rettungsplan. Im gleichen Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ heißt es nämlich nüchtern und faßlich:

„Das deutsche Volk ist bereit, sich wieder emporkämpfen zu können. Es läßt nicht jedem Erwerblosen, jedem Arbeitslosen oder Angefallenen, dem durch die Krisensteuer die Lebensgrundlage entzogen wurde, jedem Kriegsbeschädigten und Sozialrentempfänger, jedem Wohlfahrtsunterstützungsempfänger die Galle über, wenn die schmerzhaften „DRK“ im Auftrag der Reichsregierung, die Kaputtgebener, der Dividendenbesitzer vom „Verfallenen und Empohtungen“ schreibt. Jahreslang dauert schon dieses „Empohtungen“ und das einzige, was dabei wirklich zur Verbesserung der Lage beiträgt, das war eben lediglich der Hunger. Und so kommen die kapitalistischen Bankrotteure und ihre sozialdemokratischen Helfer, besser gesagt Kurpfulder, und geben als einzige Aussicht den werktätigen Volksmassen in Stadt und Land weiteren Hunger.“

Der Hooverplan ist unter Dach und Fach. Und nun? Die Weltgeschichte zeigt ein zu neuen Hungeranfällen. Einige Wochenlang ist eine neue Notstandsordnung für den Herbst an dem Ziel, die gesamte Sozialversicherung nach weiter abzubauen. Im Reichsrat liegt bereits ein Gesetzesentwurf der Kürzung der Erhöhung der Tarife für Wasser, Gas, Elektrizität und Verkehr. Die Gemeinden kürzen ihre Wohlfahrtsausgaben ein und werden in Zukunft noch radikalster die Unterhaltungen für die Armen der Armen abzubauen, aber zugleich, weil das Reich ihnen jegliche Mittel sperrt, die Kreissteuer, die Kreissteuer und alle besonderen Gemeindesteuern noch weiter in die Höhe zu treiben. Im Berliner Tageblatt gibt ein bekannter bürgerlicher Journalist die Meinung der deutschen Industrievertreter für jetzigen Lage folgendermaßen wieder:

„Die Wirtschaftsführer wollen die Löhne senken und weiter gemerkt auch die Sozialkosten. Sie wollen es offenbar — natürlich jedenfalls — mit Bräutigam zusammen. Man gibt ja keine neuen Ideen, keine Pläne zu haben, also immer wieder den einen: radikaler Abbau der Löhne und Gehälter.“

So zeigt sich der Hooverplan als ein Instrument der Kapitalisten zur weiteren Organisierung der Katastrophe für alle ausgebeuteten Schichten. Einseitig heißt die Frage aus der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter: Tieser in die Sozialismus wird nicht kommen wie ein Wunder, aber er kommt gelegentlich als eine höhere Wirtschaftsform, die die kapitalistische Wirtschaftsanarchie überwindet, und er kommt auch gelegentlich, weil die kommunistische Partei als die Führer des deutschen Proletariats immer neue Räder aus den Reihen des deutschen Proletariats geminnt, und weil sie im Kampf der Weltwirtschaft gegen nationale und soziale Unterdrückung Siege über alle Völkerverdränger führen kann.

Unter
Die Rede
und höher
plätzen, ei
Ganz zu ver
gefahrung zu
sozialdemo
der wöllien
legen. Die V
Gell noch
entfalte de
Kritik alle
Volles für de
berichten gro
in Aktion.
Dieses
von den arbei
empfindlich,
die Zukunft
die Welt
Den Wert
und bürgerlich
kommete W
Wirtschaften un
hauptsächlich
gelesen und
Wollen,
der Wirtschaft
des ersten
ganz der So
eine Produkt
einige wo
me der Berg
in Versuch
in Kaufstand
überwird, so
von, daß in
jeder Zeit
den, welche
nach Wirtsch
den Nachsch
in der Produkt
lagen und
Genoss
Gruppe der J
Dr.
Ehne
für der F
Reiter
Wird in die
von Spontan
folge der ur
Kritiken aus
unzureichende
jeden spont
Liquibiers
als die Kritik
graben die W
wanden ab
ford in die
abstimmend
wichtigste
letztens
Wirtschaft
nicht mehr
belegten bog
er in mehr
noch ein aut
notwendig.
Wir haben
Belangen
Tausen folgt
der Arbeit
Wollte die
für die
dieser Kritik
träge der
Kollektiv
Geben man
haben diesen
die Partei
halten und
Tausen
der Schwere
kommen wer
für uns di
wider Tempo
lassen.
Zweitem
Es ist notw